



Die Wandelhalle im Bundeshaus in Bern. Erhalten Lobbyisten bald keinen Zugang mehr?

Keystone/Peter Klauzner

# Lobby-Polizisten wollen durchgreifen

**KASACHSTAN** Die Ständekommission des Lobbyistenverbands macht Druck: Präsident Thomas Sägeser fordert mehr Transparenz.

SERMIN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch

Für ihn ist der Fall Markwalder ein Fall Baumann: Thomas Sägeser amtiert seit letztem Herbst als Präsident der Ständekommission der Schweizerischen Public-Affairs-Gesellschaft (Spag, siehe Box). In dieser Funktion untersucht der Zuger Anwalt nun, ob die Burson-Marsteller-Angestellte Marie-Louise Baumann den Branchenkodex verletzt hat, als sie bei FDP-Nationalrätin Christa Markwalder für Kasachstan lobbyierte.

## Alle unter die Lupe nehmen

Doch Sägeser will mehr als das. «In Absprache mit dem Vorstand der Spag werden wir nicht nur bei Mitgliedern aktiv, sondern auch zu anderen Fällen von angeblichen Regelverletzungen in der Branche Stellung nehmen», kündigt

er an. Die Spag habe dafür zu sorgen, dass sich alle Lobbyisten an die Spielregeln halten, unabhängig davon, ob sie Mitglied seien oder nicht. «Wir werden dazu beitragen, dass sich eine allgemeine Praxis etabliert, die als Richtschnur dient», sagt Sägeser, der früher als stellvertretender Generalsekretär im Eidgenössischen Finanzdepartement und als Generalsekretär der Zuger Direktion des Innern arbeitete. Daher sei auch geplant, die Entscheide öffentlich zu machen.

Die Reaktion der Spag zeigt, dass dem Fall Markwalder/Baumann trotz überschaubarem Schaden grosse Bedeutung zukommt.

Lobbyisten im Bundeshaus werden sich künftig einer grösseren Kontrolle unterziehen müssen. In fast allen Fraktionen werden derzeit entsprechende Vorstösse erarbeitet. Eine staatliche Regulierung hält Sägeser für nicht nötig. Die Ständeregeln seien griffig, und mit der Kommission bestehe ein unabhängiges

Organ, das auf ihre Einhaltung achte. Allerdings wünscht er sich die Unterstützung der Politik. Diese könnte darin bestehen, dass eine Zutrittsberechtigung zur Wandelhalle nur noch erhält, wer schriftlich versichert, die Spag-Ständeregeln einzuhalten – eine Idee, die derzeit auf allen Seiten an Zustimmung gewinnt (siehe Interview unten).

«Das liegt nicht in unserer Macht», schränkt Sägeser ein, es brauche die Mitwirkung der Büros von National- und Ständerat. «Aber die Ständekommission könnte als Kontrollorgan für die Lobbying-Aktivitäten im Bundeshaus agieren», schlägt er vor. In den kommenden Wochen will Sägeser den Kontakt zu den Ratsbüros suchen, um eine Regelung zu besprechen.

Dem St. Galler SVP-Nationalrat und Büromitglied Roland Büchel geht Sägesers Vorschlag indes nicht weit genug.

«Ich habe kein Problem mit Verbandsfunktionären. Aber die Mitarbeiter der PR-Büros müssen komplett aus der Wandelhalle verschwinden», fordert er.

## Es geht um den guten Ruf

Zuerst aber muss sich Sägeser um den Fall Baumann kümmern und beurteilen, ob diese Christa Markwalder offen über ihren kasachischen Auftraggeber informiert hat. Einschneidende Sanktionen stehen ihm allerdings nicht zur Verfügung: Die Kommission kann eine Rüge erteilen und bei wiederholten oder schwerwiegenden Verletzungen der Regeln den Ausschluss eines Mitglieds empfehlen. «Das reicht uns vorderhand», sagt er. «Die Wirkungen einer Rüge sind nicht zu unterschätzen, da es um die Reputation geht.»

Für einen späteren Zeitpunkt schliesst Sägeser nicht aus, dass die Ständeregeln ergänzt werden müssen. «Die Regeln sind noch jung, wir werden erst einmal mit diesem Gerüst arbeiten und später zusammen mit dem Spag-Vorstand schauen, ob sich dieses bewährt.»

Für Christa Markwalder wird es unterdessen eng. FDP-Präsident Philipp Müller sagte gestern gegenüber Radio SRF, dass sie das Kommissionsgeheimnis verletzt habe. Am 1. Juni wird sie sich dem Nationalratsbüro stellen müssen.

## Lobbys sorgen für mehr Transparenz

**VERBAND** fak. Die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (Spag) ist der Fachverband der Lobbyisten. Im letzten Juli gab sich die Spag Ständeregeln. Seitdem müssen alle Mitglieder ihre Interessenbindungen auf der Website des Verbands offenlegen. Über die Einhaltung der Ständeregeln wacht der Vorstand.

Kommt es zu einer Konfliktsituation wie jetzt im Fall Markwalder, wird die im Herbst geschaffene Ständekommission eingesetzt. Diese ist unabhängig vom Verband, ihre Mitglieder gehören ihm auch nicht an. Neben Thomas Sägeser gehören der Kommission derzeit Claudia Schoch, Rechtskonsultantin der «Neuen Zürcher Zeitung», Anja Wyden Guelpha, Genfer Staatskanzlerin, Christoph Lanz, ehemaliger Generalsekretär der Bundesversammlung, und Oscar Mazzoleni, Professor der Uni Lausanne, an.

## «Unser System muss eine gewisse Fehlertoleranz haben»

Herr Sager, nach der Affäre Markwalder diskutiert die Schweiz über Lobbyismus. Sie sagen, dass das ein ehrbares Geschäft ist. Warum?

**Fritz Sager:** Lobbyismus ist notwendig, damit Politik überhaupt funktioniert. Lobbyisten, die ja nichts anderes sind als Interessenvertreter, geben Parlamentariern wichtige Informationen. Geschieht das transparent, ist nichts Falsches daran. Im Gegenteil: Gerade in einer direkten Demokratie ist Lobbying besonders wichtig.

### Wieso das?

**Sager:** Weil in unserer direkten Demokratie immer die Referendumsdrohung im Raum steht. Das System zielt darauf ab, alle Interessen früh einzubinden, um Referenden zu verhindern. Das sorgt für bessere Vorlagen. Weil Gesetze, die ins Parlament gelangen, bereits die Interessen der Betroffenen berücksichtigen.

Gibt es eine Garantie, dass Parlamentarier besser informiert sind? Was ist mit der Parlamentarierin, die bei einer Nachfrage zu einem ihrer Vorstösse direkt an den Verband verweist, in dessen Interesse sie ihn eingereicht hat?

**Sager:** Was wäre die Alternative? Dass ein Parlamentarier, der nicht in der Lage ist, seine Vorstösse zu erklären, diese selbst schreibt? Parlamentarier werden aus vielen Gründen gewählt, nicht nur wegen intellektueller Brillanz. Es steht nirgendwo geschrieben, dass ein Parlamentarier in allen Fachfragen kompetent sein muss.

**Die Bevölkerung erwartet, dass Politiker dem Allgemeinwohl verpflichtet sind, nicht irgendwelchen Interessen.**

**Sager:** Für das Allgemeinwohl muss die Regierung sorgen. «Mein» Parlamentarier soll aber bitteschön mich, meine Überzeugungen und meine Interessen vertreten. Genauso funktioniert ja auch die Wahlhilfe Smartvote: Sie erfragt meine Ansichten und schlägt mir dann Kandidaten vor, die am ehesten mit meinen Vorstellungen übereinstimmen. Parlamente setzen sich daher automatisch aus Interessenvertretern zusammen. Das ist Ausdruck unserer pluralistischen Gesellschaft.

Das Lobbying beginnt meist nicht erst in der Wandelhalle, schon viel früher in der Verwaltung, wenn Gesetze aufgelegt werden. Sehen Sie da ein Problem?

**Sager:** Wenn das Lobbying auch hier transparent ist, finde ich es richtig, dass die betroffenen Interessen mit am Tisch sitzen. Erstens, um so einem späteren Referendum vorzubeugen. Zweitens sind Lobbyisten auch aufgrund ihres Fachwissens unverzichtbar.

**Das Heer des Bundesangestellten hat dieses Fachwissen nicht?**

**Sager:** Es gibt kein Heer von Bundesangestellten. Die Bundesverwaltung ist trotz anders lautenden Klischees im internationalen Vergleich eher bescheiden. Zudem hat die Bundesverwaltung nicht die Aufgabe, die Gesetze selbst zu erfinden, sondern zwischen den Interessenvertretern zu moderieren und den Prozess zu koordinieren. Die eigentlichen Experten sitzen in den Verbänden.

**Jetzt werden Forderungen nach Transparenz laut. Was braucht es aus Ihrer Sicht?**

**Sager:** Für mich ist nicht nur der Gesetzgeber gefragt, sondern primär die Branche selbst. Diese hat sich vor einem Jahr Ständeregeln gegeben. Mitglieder müssen in einem Register angeben, für wen sie tätig sind. Das muss jetzt konsequent durchgesetzt werden.

**Soll der Zugang zur Wandelhalle beschränkt werden?**

**Sager:** Das wäre wünschenswert. Ein guter Ansatz wäre, wenn man die Einhaltung der Ständeregeln zur Zutrittsberechtigung erheben würde.

**Bei einem Verbandsvertreter ist klar, in wessen Auftrag er lobbyiert. Bei Mitarbeitern von PR-Agenturen weiss man das nicht immer. Wie soll man damit umgehen?**

**Sager:** Meiner Meinung nach gehört es zur Transparenz, dass man angibt, welche Mandate man aktuell vertritt. Auch hier sollte die Ständesorganisation klare Regeln aufstellen.

**Ständerat Thomas Minder denkt an eine Volksinitiative, um Lobbyisten aus dem Bundeshaus zu verbannen.**

**Sager:** Offen gestanden finde ich das nicht sehr durchdacht. Erstens ist es sinnlos, Lobbyisten aus der Wandelhalle zu werfen. Dann werden die Gespräche an anderen, weniger öffentlichen Orten geführt. Und zweitens sind Parlamentarier ja auch selbst Lobbyisten.

**Sie geben das Stichwort: Spätestens, wenn Parlamentarier wirtschaftlich**

**abhängig von solchen Mandaten sind, wird es schwierig, oder?**

**Sager:** Ich kann das Unbehagen verstehen. Aber wenn wir das Milizparlament aufrechterhalten wollen, ist das der Preis, den wir zahlen müssen.

**Es bereitet Ihnen keine Sorgen, wenn Spielregeln wie das Kommissionsgeheimnis nicht mehr gelten?**

**Sager:** Christa Markwalder hat einen Fehler gemacht und ihn eingestanden. Doch unser System muss auch eine gewisse Fehlertoleranz haben. Sorgen würde ich mir erst machen, wenn das Bewusstsein für die Spielregeln gar nicht mehr vorhanden wäre. Wenn Parlamentarier sagen würden: Das war kein Fehler, weil das Kommissionsgeheimnis eh nur auf dem Papier besteht. Doch so weit sind wir noch lange nicht.



HINWEIS

Fritz Sager ist seit 2009 Professor für Politikwissenschaft am Kompetenzzentrum für Public Management mit Schwerpunkt öffentliche Politik.